

Rede von Anke Scholz zum Haushalt des Landkreises für das Jahr 2023, Kreistagssitzung am 12. Dezember 2022

[Es gilt das gesprochene Wort.]

Sehr geehrte Frau Landrätin, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

vor dem zu erwartenden heutigen Haushaltsbeschluss lag viel Arbeit, aber es ist gut so wie es ist.

Der Dank gilt zuerst allen Mitarbeiter*innen der Verwaltung. Der geprüfte Jahresabschluss 2021 liegt vor, eine wichtige Voraussetzung für die Haushaltsführung. Das schaffen noch längst nicht alle Städte und Gemeinden unseres Landkreises.

Konsequent und folgerichtig ist nun die uneingeschränkte Entlastung der Landrätin – es gibt keine maßgeblichen Beanstandungen.

Ein guter Gedanke wäre jedoch, wenn sich die Mitglieder des Landtages, die hier in unserem Kreise sitzen, sich dafür einsetzen, durch den Gesetzgeber vorerst weiter verkürzte Jahresabschlüsse ermöglichen zu lassen. Das erwies sich für den Landkreis als sehr hilfreich. Und sollte als Instrument für die Kommunen Brandenburgs weiter zur Verfügung stehen. Denn es war eine große Hilfe, natürlich auch für den Landkreis selbst. In den letzten Jahren konnte erstaunlich viel geschafft werden in einem erfolgreichen Landkreis mit einer Landrätin der LINKEN.

Mit dem Haushalt für 2023 werden wir die Verwaltung in die Lage versetzen, arbeitsfähig zu sein und, neben den Pflichtaufgaben, auch die freiwilligen Aufgaben in unserem Landkreis, wie beispielsweise den ÖPNV, leisten zu können. Sicher ist der Zustand der Versorgung nicht für alle und jeden optimal, aber es wird daran weiter gearbeitet.

Erfreulich ist ebenso, dass die Zuwendung an die Flugplatzgesellschaft Schönhagen weiter reduziert werden konnte. Und auch die Prognose für die weitere Entwicklung des Flugplatzes ist positiv. Wir sind davon überzeugt, dass die Entscheidung pro Flugplatz berechtigt war und ist und er sich weiter, im Kontext zum BER gesehen, als wirtschaftlicher Anker und Impulsgeber für neue Entwicklungen in unserer Region erweisen wird.

Schwerpunkte der Prioritäten des kreislichen Haushaltes werden im Jahr 2023 sein:

1. Bildung und Schulen
2. Wirtschaftsförderung - Breitbandausbau - Kreisstraßen -
Die Unterstützung unserer kreislichen Gesellschaft, der SWFG, finden wir, gehört ebenso dazu.
3. Digitalisierung und IT-Sicherheit
4. mehr- und überjährige Projekte

Insgesamt über 39 Millionen Euro sind hier geplant.

In aller Kürze aufgezählt noch einmal einige Schlüsselpunkte. Der Landkreis wird die Ausweitung des Kinderbetreuungsangebotes in Teltow-Fläming unterstützen, Ziel sind gut 900 neue Plätze. Im Vergleich zum Jahr 2021 fließen hier damit gut sechs Millionen Euro mehr hinein. Schwerpunkt für Investitionen bleibt auch der Brandschutz in den Schulen des Landkreises. Das werden wir heute später noch mit einigen weiteren Vergabeentscheidungen für unsere Schulen in Blankenfelde-Mahlow und Jüterbog untermauern.

Der Breitbandausbau für schnelles Internet soll in 2023, mit Rückgriff auf Fördermittel, die Summe von 18 Millionen Euro erreichen. Ebenfalls wird der ÖPNV im Süden des Kreises verstärkt, im ÖPNV allgemein ist eine Ausgabensteigerung zu 2021 in Höhe von gut einer Million Euro vorgesehen. Auch Radwegebau und Ortsdurchfahrten stehen im Plan. Mehr Geld zur Verstärkung bzw. Verbesserung des Katastrophenschutzes ist ebenfalls vorgesehen.

Für all das geht der Kreis im Vergleich zwischen seinen Einnahmen und Ausgaben mit vielen Millionen Euro ins Minus. Der Fehlbetrag soll aber über die Rücklage des Landkreises abgedeckt werden. Trotzdem ist es nicht geplant, die Rücklage vollumfänglich aufzubrechen - eine vorsichtige Finanzplanung mit Blick auf die aktuell ungewissen Zeiten erscheint mehr als angeraten und wird von uns begrüßt!

Liebe Anwesende, und insbesondere aus der Ferne an die Bürgermeister*innen und den Amtsdirektor gerichtet,

mit all den vorgenannten Punkten wäre eine Kreisumlage von deutlich über 40 Prozent nötig. Im Jahr 2022 war sie auf 39,3 Prozent festgesetzt. Mit Griff in die Rücklage des Landkreises ist für 2023 nun eine Kreisumlage von 40 Prozent angedacht. Das entspricht in Summe rund 128,5 Millionen Euro, die die Kommunen an den Landkreis zahlen.

Trotz dieses großen Betrages lässt der Landkreis damit seinen Kommunen immer noch viel von deren eigenen Einnahmen und Zuweisungen, denn die Kommunen investieren ihre Gelder auch, was klar zu begrüßen ist. Damit erfolgt aus unserer Sicht zwischen den Kommunen und dem Landkreis ein fairer Interessenausgleich - Stichwort *kommunale Familie*. Und das die Bürgermeister*innen und der Amtsdirektor das anerkannt haben, lässt die Abwesenheit von etwaigen Einwendungen gegen den Haushalt 2023 erkennen. Wir erwarten, dass derjenige, der keine Einwendungen im Vorfeld erhoben hat, auch hinterher nicht vor Gerichten klagt.

Bei all den erwähnten Investitionsplänen müssen wir aber an der tatsächlichen Umsetzung arbeiten.

Finanzielle Mittel werden geplant und bereitgestellt und können doch nicht ausgegeben werden, weil es beispielsweise an Unternehmen mangelt, die diese Arbeiten ausführen. Oder benötigtes Material nicht vorhanden ist oder Ausschreibungen nicht zeitplangerecht stattfinden können.

Leider ist aber auch noch zu erwähnen, dass trotz aller Bemühungen offene Stellen in der Kreisverwaltung nicht besetzt werden konnten oder derzeit ein hoher Krankenstand zu beklagen ist. Die nicht verwendeten finanziellen Mittel bilden daher auf den ersten Blick ein falsches Bild ab.

Die Zeit wird nicht einfacher und was die Zukunft bringen wird, kann niemand vorhersagen. Wir befinden uns in einer Zeit der Krise, der Krieg in der Ukraine wütet noch immer. Menschen befinden sich auf der Flucht aus ihren Heimatländern und können hier Zuflucht finden. Und das ist richtig so.

Die Rezession beherrscht uns in Reinform und wirkt auch in unseren Landkreis hinein, die sozialen Folgen sind sichtbar. Vielen Dank an Sie, meine Damen und Herren, für die signalisierte Zustimmung zu unserem Antrag zur Unterstützung der Tafeln und Frauenhäuser im Landkreis. Und Dank an alle ehrenamtlich Tätigen – immerhin jede*r 3. Brandenburger*in.

Schwierig ist aber immer der Umgang mit Anträgen, die dann in den Bereich der freiwilligen Aufgaben fallen oder hierzu bereits Gesetzesänderungen des Landes oder Bundes diskutiert und erwartet werden. Und insbesondere diese Instanzen stehen in der Pflicht zur Finanzierung, nicht der Landkreis. Bitte bedenken wir immer: Was der Landkreis durch gesetzlichen Auftrag nicht leisten muss, sondern es sich freiwillig auf den Tisch zieht, muss er im Zweifel durch die Fehlbedarfsfinanzierung sichern. Und das geben wir zu bedenken: diese Anträge würden schlussendlich aus der Kreisumlage zu finanzieren sein. Wer diese zu zahlen hat, wissen wir hier alle. Und bitte schauen Sie: Betreffen Ihre Anträge tatsächlich ausschließlich die Bürger*innen unseres Landkreises?

Lassen Sie uns mit sachlichen Entscheidungen und Umsicht arbeiten. Wir alle tragen Finanzverantwortung für den Landkreis und indirekt auch für seine Kommunen.

Zum Schluss möchten wir uns für das konstruktive Miteinander in den Fachausschüssen zur Haushaltsdebatte bedanken. Auch, wenn sicher nicht jede einzelne Position zur vollsten Zufriedenheit geklärt werden konnte, so hatten wir jedoch stets den Eindruck, dass das uns vom Kämmerer erstellte und abschließend der Landrätin vorgelegte Zahlenwerk in den Fachgremien keinen signifikanten Widerspruch fand. Unsere Fraktion stimmt diesem Haushalt zu.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien angenehme Weihnachtsfeiertage, kommen Sie gut ins neue Jahr und bleiben oder werden Sie gesund.